Neue Freie Presse Abendbl 11./XII. 1918 195

Tiefstand der Kronennoten in Zürich.

28.75 Centimes.

Wien, 11. Dezember.

Gestern hat der Preis unserer Kronen in Zürich einen Tiefstand erreicht, der selbst in den trübsten Zeiten des Krieges nicht verzeichnet worden ist. Der gesetzliche Nennwert einer Krone ist gleich einem Franc und fünf Centimes. Von diesem gesetzlichen Nennwert ist der Preis auf 28·75 Centimes herabgesunken. Künstliche Einflüsse wirken hier mit. Der Schleichhandel in Kronennoten dürfte trotz der Verbote und Vorsichtsmaßregeln noch immer lebhaft sein, besonders aus den früher von unseren Truppen besetzten Ländern und aus den jetzt von der Entente und den Serben besetzten Gebieten der ehemaligen Monarchie. Es wird behauptet, daß die Ausfuhr von Kronennoten, namentlich aus den südslawischen Ländern, beträchtlich sei. Diese Noten werden auf dem Markte in Zürich mit seiner verhältnismäßig beschränkten Umsatzfähigkeit losgeschlagen und der Preisdruck wirkt sehr stark. Der Anreiz, die Kronennoten zu einem Preise von 28·75 Centimes zu verkaufen, ist allerdings nicht recht verständlich. Dieser Stand ist schon weit über das Angstminimum hinaus ein Notpreis und ein Schleuderpreis. Deshalb ist anzunehmen, daß in Zürich der Preis weniger von dem tatsächlichen Angebot bestimmt wird, als von Leerverkäufern aus den Ländern der Entente, von den Mitläufern und von dem Troß solcher Bewegungen. Die Kronennoten werden offenbar von den Franzosen, den Italienern und vielleicht auch von den Engländern als Ersatz für die Spielbank in Monte Carlo mißbraucht. Es verlautet, daß auch in Privatkreisen der Schweiz eine starke Agiotage mit unseren Kronennoten getrieben wird.

Eine richtige Politik muß trotzdem die Folgerungen aus diesem Tiefstande ableiten. Mit bloßen Polizeimaßregeln ist nicht auszukommen; schon deshalb nicht, weil der Schauplatz das Ausland ist. Der verstorbene Graf Stürgkh hat geglaubt, durch das Verbot, die Wahrheit über den sinkenden Geldwert zu sagen, das Disagio selbst aus der Welt schaffen zu können. Die Zensur ist mitschuldig an der Geldverschlechterung, weil sie die rechtzeitige Warnung des Publikums mit ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit und Beschränktheit zu verhindern suchte. Wir haben dennoch fortwährend auf die ernsten Folgen der Notenwirtschaft hingewiesen, auf den unermeßlichen Schaden, den der Zusammenbruch des Geldwertes hervorrufen könnte. Die Pflicht, diese ernste Wahrheit beständig hervorzuheben, wurde von uns erfüllt. Wie dies in der Vergangenheit mit Ernst geschehen ist, können wir auch jetzt nicht unterlassen, die führenden Kräfte des Staates an die Gefahren zu erinnern, die dem öffentlichen Leben durch den Tiefstand des Geldwertes drohen. Wir müssen dem Auslande wieder Vertrauen einflößen durch den Beweis, daß in Deutschösterreich die Ruhe und Ordnung nicht in Gefahr sind und daß die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen sich in besonnener Planmäßigkeit und ruhiger Entwicklung vollziehen werden. Wir müssen ferner die wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten in der ehemaligen Monarchie durch Verträge regeln, welche die Freizügigkeit im inneren Verkehr und die Gemeinsamkeit der Zollpolitik wenigstens für die Zeit sichern, bis ein Ausblick über die künftige Gestaltung von Europa möglich sein wird. Die Kronennoten sind nicht deutsch, nicht czechisch, nicht südslawisch, und jeder Besitzer leidet unter dem Tiefstand der Kaufkraft. Deshalb müssen wir ohne Zögern volle Klarheit in unser öffentliches Schuldenwesen bringen, um die Gläubiger zu beruhigen und die vom Volke während des Krieges dem Staate überwiesenen Ersparnisse auf eine sichere Grundlage zu bringen. Zollverein und Schuldenverein unter den früheren Weggenossen in Oestereich sind unerläßlich, um der Kaufkraft des Geldes eine Stütze zu bieten. Wir müssen auch den Abgang im Budget beseitigen, nicht bloß durch Vermehrung der Einnahmen, sondern auch durch starke Verminderung der Ausgaben, durch die Sparsamkeit, die eine verarmte Wirtschaft braucht. Wir dürfen uns auch nicht auf gewagte, in den gegenwärtigen Verhältnissen gar nicht durchführbare, aber das Volk beunruhigende und den Unternehmungsgeist lähmende Steuerschwärmereien einlassen; wir müssen eine strenge, starke Ansprüche stellende, aber praktische und die Arbeitskraft des Landes schonende Steuerpolitik haben. Auch muß durch die sichere und ruhige Führung des Staates der wirtschaftliche Mut gehoben und die schöpferische Kraft, die jetzt von den Sorgen und von der Ungewißheit geschwächt ist, wieder gestärkt werden. Denn immer bleibt die fruchtbare Arbeit das beste Heilmittel gegen sinkenden Geldwert. Werte erzeugen, den allgemeinen Wohlstand heben und das Vertrauen befestigen, sind die bewährtesten Maßregeln gegen eine Währung, die unter den Einflüssen des Krieges so schwer gelitten hat.